

# Vorwurf des Verzichts

## TRANSPARENZ Vorschlag zur Demokratisierung des Sponsorings

Von Volker Oelschläger

Nach der Abschlussrunde der Transparenzkommission kommt die Kritik. Die Fraktion Die Andere präsentierte gestern ihr angekündigtes Minderheitsvotum, das dem am Dienstagabend in der Kommission diskutierten Abschlussbericht als Anlage beigefügt werden soll. Anke Lehmann, für Die Andere in der Kommission, kritisierte als grundlegendes Problem, dass die Vorfälle der Vergangenheit von der Kommission grundsätzlich nicht thematisiert worden seien. In dem 22 Seiten umfassenden Minderheitsvotum der Anderen heißt es dazu: Die Transparenzkommission habe „bewusst auf eine Problemanalyse verzichtet: Die Gründe, die zu den Problemen bzw. zum Stadtwerke-Skandal geführt haben, sollten ausdrücklich nicht ermittelt werden“. Die Autoren des Textes vergleichen das mit der Situation einer Chirurgin, die ohne Kenntnis der Krankheit des Patienten operieren soll.

Die Zielstellung der Kommissionsarbeit war auf der konstituierenden Sitzung am 21. Juni ebenso per Mehrheitsbeschluss festgelegt worden wie der Ausschuss der Öffentlichkeit, der allerdings später nach mehreren Anträgen auf Öffnung aufgehoben wurde.

Als „Geisterdebatte“ kritisieren die Autoren die über mehrere Kommissionssitzungen geführte Debatte über den von externen Beratern und der Kommissionsvorsitzenden „eingeführten“ Begriff „Compliance“, der „lediglich“ bedeute, „dass aufgestellte Regeln eingehalten“ würden.

Peter Schultheiß, der für die Potsdamer Demokraten in der Kommission mitarbeitete, warf der Kommission mit Blick auf die Arbeit von Aufsichtsratsmitgliedern einen leichtfertigen Transparenzverzicht vor. Obwohl das Aktiengesetz in Paragraph 394 „unmissverständlich“ festlege, dass die „gewählten Aufsichtsratsmitglieder von Körperschaften des öffentlichen Rechts keiner Verschwiegenheitspflicht unterliegen“, sei die Transparenzkommission „auf Grund eines Rechtsgutachtens zum Schluss gekommen, dass sie sehr wohl ihre Fraktionen nicht zu informieren brauchen“. Hier habe die Kommission „leichtfertigerweise auf Transparenz verzichtet, und eine Kontrolle findet nicht statt“.

Nach der gemeinsamen Erklärung der Fraktionsvorsitzenden der Rathauskooperation zum Sponsoring von Sozial-, Kultur- und Sportvereinen durch kommunale Unternehmen (MAZ berichtete) be-

kräftigten auch Die Anderen und die Potsdamer Demokraten die Notwendigkeit dieser Förderung. Wie berichtet, will die Kooperation vor Verabschiedung des Abschlussberichts eine Anhörung des Stadtsportbundes im Hauptausschuss.

Schultheiß sprach gegen eine Forderung, „jegliches Sponsoring der städtischen Gesellschaften zu unterbinden“ und ersatzweise die Gremien der Stadtverordnetenversammlung mit der Verteilung der Sponsorengelder zu befassen. Als Ausnahme nannte er Sponsoring mit „deutlich politischen Auswirkungen ...“, z.B. bei Babelsberg 03 oder Freiland“, wo Entscheidungen „nicht dem städtischen Unternehmen allein überlassen werden“ sollten.

Die Andere plädiert für zweigleisiges Sponsoring, das einerseits durchaus das bisherige Klientel im Blick hat, das jedoch einen nennenswerten Teil der Mittel als Budget für sogenanntes „partizipatives Sponsoring“ bereitstellt. Das wäre Geld, über dessen Vergabe die Kunden der jeweiligen Unternehmen entscheiden sollten. Anderen-Fraktionsmitglied Arndt Sändig entwickelte gestern die Idee, dass ein entsprechender Stimmzettel etwa der alljährlichen Energierechnung beigefügt werden könnte.